[illegible] daß er damals eine führende Rolle im Bezirk Mittelrhein spielte; aber im Betrieb, in seiner Gewerkschaft, entwickelte er schon damals seine Führereigenschaften. Die unbedingte Ergebenheit für seine Klasse, die unerschrockene Vertretung der Interessen seiner Klassenkollegen im kleinen wie im großen sicherte ihm die Führung, wo immer er arbeitete, bis er 1922 als Betriebsrat der „Westwaggon" in Köln, gemaßregelt und auf die schwarze Liste gesetzt, keine Arbeit mehr fand. Die Belegschaften des „Sachsenwerkes", der „Deutzer Motoren" und der „Westwaggon" folgten ihm jahrelang als ihrem Führer. Gewaltige politische Demonstrationen waren Winterichs Werk.

In den Vordergrund trat Winterich im Jahre 1922, als eine Renegatengruppe den Versuch machte, die KPD. zu spalten und die Zeitung des revolutionären Proletariats zu rauben. Er, zusammen mit Wilhelm Florien, beide aufs Tiefste verankert in den Betrieben, waren die stärkste Stütze der Partei gegen das Renegatentum, das bald vernichtend geschlagen wurde.

Seit dieser Zeit beginnt auch der unermüdliche Kampf Jean Winterichs gegen den Reformismus, seine in der geschichtlichen Entwicklung der revolutionären Bewegung der deutschen Arbeiterschaft begründeten Ueberreste in der Partei. Der bäuerliche Dickschädel beginnt, mit Feuereifer Marx und Lenin zu studieren. Immer treffender werden die mit Sarkasmus vorgetragenen Argumente gegen die brandleristischen Oppportunisten, zuerst in der Unterbezirksleitung, dann in der Bezirksleitung und schließlich bei den verschiedenen Reichstagungen der Partei.

Jean Winterich gehört zu den Linken in der Partei, und auf dem Frankfurter Parteitag 1924 wurde er zum erstenmal in das Zentralkomitee gewählt. Seine enge, unzertrennliche Verbundenheit mit den Arbeitern bewahrten ihn davor, die sektiererischen, kleinbürgerlichen Fehler der Ruth Fischer und Maslows mitzumachen. War der Bezirk Mittelrhein, den Winterich jahrelang leitete, eine feste Stütze gegen den Brandlerismus dank auch seiner zielbewußten Arbeit, so stand der Bezirk ebenso geschlossen gegen das „linke" Sektierertum, als die Partei unter der Führung der Komintern sich von dem Zentralkomitee Ruth Fischer-Maslow befreite.

Winterich war damals — seit März 1924 — politischer Leiter des Bezirks Mittelrhein. In dieser Funktion hat er seine gewaltige Arbeit geleistet. Unter seiner Führung hat die Partei am Rhein die SPD. in den wichtigsten Positionen, vor allem in Köln, in Aachen und im Wurmkohlenrevier, immer stärker zurückgedrängt und schließlich geschlagen. Auch im Ringen um die katholischen Arbeiter, wie um die katholischen armen Bauern der Eifel, hat Winterich Vorbildliches geleistet.

Mit dem Wachsen der Aufgaben wuchs auch Winterich als politischer Führer. Nach dem Weddinger Parteitag wurde Winterich Mitglied des Polbüros, wo er seine bolschewistische Festigkeit und Härte, seine zähe Energie und Hingabe an die Sache des Proletariats in den Dienst der unmittelbaren Führung der Partei stellte. Man wußte damals noch nicht, daß die todbringende Krankheit sich in ihm schon festgefressen hatte. Als politischer Leiter nach Westsachsen berufen und später in anderen Funktionen kämpfte Jean Winterich einen heroischen Kampf gegen den versagenden Körper. Er wollte nicht aufhören zu arbeiten, da die Partei, zu einer bolschewistischen Partei geworden, in vollem Aufstieg dabei war, sich die Hegemonie und Führung der Arbeiterschaft zu erobern und das Fundament für die siegreiche Revolution zu legen.

Jean Winterich, unser guter Kamerad in tausend Kämpfen, blieb bis zu seinem Ende aufs innigste mit der Arbeiterschaft und den armen Bauern verbunden. Diese Bindungen lockerten sich nicht, als er als Führer emporwuchs; sie wurden nur noch enger. Er war ein Kämpfer, wie ihn die Revolution braucht. Wir verlieren viel an ihm. Jedoch im revolutionären Aufschwung wachsen neue Kräfte; die Lücke muß sich schließen. Die siegreiche proletarische Revolution wird auch Jean Winterichs Werk mit sein.

Erfolge des Großwerbetages in Leipzig

In Niederoderwitz auf den ersten Hieb 11 Abonnenten für die „Arbeiterstimme"

Leipzig, 29. Juni.

Der gestrige Großwerbetag für die Kommunistische Partei und die Sächsische Arbeiter-Zeitung, war von Erfolg und bewies, welche Möglichkeiten der Massenwerbung für die revolutionäre Kampffront vorhanden sind.

Aus sechs Stadtteilen und elf Ortsgruppen liegen bisher folgende Teilergebnisse vor:

217 Mitglieder für die Kommunistische Partei, 6 KJVD.
205 „SAJ"-Abonnenten,
556 Wochenzeitungs-Abonnenten,
1385 Stück Literatur, ferner wurde für 70.30 Mark sonstiges Werbematerial umgesetzt.

*

Niederoderwitz, 29. Juni.

Hier wurden in der vergangenen Woche auf den ersten Hieb 11 Abonnenten für die „Arbeiterstimme" geworben. Mehr als das Doppelte soll noch geholt werden. Die Wochenzeitung wurde gesteigert von 50 auf 80.

Ein Kommunistengesetz wurde in Rumänien vorbereitet, wonach die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und kommunistische Propaganda mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft wird. Alle radikalen Organisationen werden aufgelöst.

SPD-Oppositionskonferenz in Frankfurt

Neue freche Marx-Schändung der Dresdner SPD-Führer

Frankfurt (Main), 29. Juni. (Eig. Bericht)

Am 28. Juni fand im Frankfurter Volksbildungsheim eine von dem Komitee oppositioneller und ehemaliger Sozialdemokraten einberufene Konferenz statt, zu der 28 Delegierte erschienen waren, von denen 22 der SPD. und 6 der SAJ. angehörten. 4 Delegierte waren Reichsbannermitglieder.

Nach einem Appell der Genossin Reese, die verhindert war, an der Konferenz teilzunehmen, und dem politischen Referat des Genossen Naible und ergänzenden Ausführungen des vor einigen Tagen aus der SPD. ausgetretenen ehemaligen Polizeipräsidenten Harris kam eine rege Diskussion zustande, deren wichtigstes Ergebnis in der vollständigen und energischen Abgrenzung von der SPD.-„Linken" um Seydewitz und Fortune bestand. Die Konferenz war ein hundertprozentiges Bekenntnis zur roten Klassenfront und zum Kommunismus. Es wurde ein Manifest an die sozialdemokratischen Arbeiter, Mitglieder der SAJ. und proletarischen Reichsbannermitglieder beschlossen, das auffordert, Schluß zu machen mit der Partei des Sozialfaschismus und sich in die Reihen der KPD. zu stellen. Teilnehmer war u. a. die ergraute Genossin Schwabbach, die in der Frankfurter Massenkundgebung im Hypodrom am Abend vorher mit 30 anderen Sozialdemokraten ihren Uebertritt zur KPD. erklärte.

*

Frankfurt a. M., 29. Juni. (Eig. Ber.)

Am 24. Juni konnte das Sekretariat Hessen-Frankfurt der KPD. melden, daß seit dem 1. Mai über 1300 Werktätige, darunter viele Sozialdemokraten, in die Partei eingetreten sind. Inzwischen hat sich diese Zahl um 600 erhöht. In den Versammlungen der letzten Tage, in denen die ehemaligen Sozialdemokraten Maria Reese, L. Harris und D. Naible als Redner auftraten, wurden folgende Ein- bzw. Uebertritte registriert: In Offenbach 84, in Hanau 12, in Darmstadt 127, in Mainz 60, in Frankfurt 132.

In den kleinen Orten und auf den Dörfern erfolgen die Anmeldungen zu Dutzenden und viele neue KPD.-Ortsgruppen sind in den letzten Tagen gegründet worden, vielfach auf Initiative bisheriger sozialdemokratischer Funktionäre.

Die proletarischen Massenorganisationen haben ebenfalls in diesen Tagen den Eintritt von hunderten neuer Mitglieder zu verzeichnen und die „Arbeiter-Zeitung" über 100 Neuabonnenten.

*

Der ostsächsische Bezirksvorstand der SPD verbreitet ein Flugblatt zum Hoover-Schwindel, das eine Gipfelleistung der Marx-Schändung darstellt. Das großkapitalistische Finanzmanöver, der Zahlungsaufschub Hoovers zum Zweck der Stützung der deutschen Kapitalistendiktatur über die deutsche Arbeiterklasse, wird darin in nationalistischem Tone als Rettungsaktion für Deutschland gepriesen. Die Erklärung Brünings, daß der Zahlungsaufschub unter keinen Umständen an der Massenbelastung in Deutschland etwas ändern könne, ist die eindeutigste Enthüllung des SPD-Manövers. Das schändlichste ist jedoch daß die Geschäftsführer der englischen Bourgeoisie, die Macdonald und Henderson, gepriesen werden als „die Marxisten als Retter". In geradezu unerhörter Weise feiert der ostsächsische SPD-Vorstand in diesem verlogenen Flugblatt die Manöver des internationalen Finanzkapitals als „marxistische Großtat" und gibt durch den Nationalsozialisten das Stichwort für die Diskreditierung des Marxismus vor den Massen. Die Hoover-Hendersonsche „Tat" hat in Wahrheit ebensowenig mit dem Marxismus etwas zu tun wie mit der Rettung der arbeitenden Massen. Die englische königliche „Arbeiter"-Regierung jedoch als Marxisten zu preisen, das ist der Gipfel der Demagogie. Die Henderson und Macdonald behaupten ja von sich selbst nicht einmal, daß sie Marxisten seien.

Ihre ganze Praxis ist eine Schändung des revolutionären Marxismus, ist Lakaiendienst fürs Kapital. Das enthüllt selbst ein Dresdner Sozialdemokrat, der bekannte ehemalige Jungsozialist Helmut Wagner in der SPD-Zeitschrift „Der Klassenkampf" (4. Jahrgang, Nummer 14). Stellen wir die verlogenen Lobhudeleien des ostsächsischen Parteivorstandes den Ausführungen Helmut Wagners gegenüber, so wird der schändliche Betrug der SPD erst richtig klar:

Das Bezirksvorstands-Flugblatt:

Die Marxisten als Retter!

„Die Wendung der Dinge ist in erster Linie das Verdienst der sozialistischen Arbeiterregierung... Die Konferenz von Chequers hat nach Informationen der englischen Minister Macdonald und Henderson den amerikanischen Präsidenten überzeugt, daß schnelle Hilfe für Deutschland not tue..

Die jetzt erwarteten Erleichterungen der deutschen Reparationsleistungen gingen aus von den

Marxisten Macdonald und Henderson!"

Der Klassenkampf:

„Die Arbeiterregierung Englands demonstriert mit ihrer Praxis, was es mit der Phrase der „sozialistischen Kolonialpolitik" auf sich hat: Keine Regierung an der Spitze eines kapitalistischen Staates kann eine andere denn eine imperialistische Kolonialpolitik treiben. ... Nun, wenn die britische Laburregierung eine Arbeiterregierung wäre, dann wäre sie schon lange von der britischen Bourgeoisie gestürzt worden ... Die britische Arbeiterregierung hält sich überhaupt nur, weil sie eine Außenpolitik durchführt, die den Interessen der englischen Bourgeoisie entspricht ..."

So sprechen Sozialdemokraten in ihren Zeitschriften, die der breiten Masse unzugänglich sind, und das Gegenteil wagen sie in Flugblättern der Arbeiterklasse vorzulügen!

Schluß mit dieser sozialdemokratischen Illusionspolitik! Kampf gegen Hoover, Macdonald, Brüning, Wels und das Finanzkapital — mit der Kommunistischen Partei im Klassenkampf für Arbeit, Brot und Freiheit werden die arbeitenden Massen Deutschlands dem Tributschacher des nationalen und internationalen Kapitals ein Ende bereiten!

Die Beseitigung des kapitalistischen Raubsystems, das ist der Weg des Marxismus, der verraten und beschmutzt wird durch die SPD-Führer, dessen Kampfgeist aber lebt und wächst in der Kommunistischen Partei!

Siegreicher Streik der Landarbeiter

Bauernbekenntnis zur KPD / Bauern wählen Kampfausschuß

Berlin, 30. Juni. (Eig. Drahtm.)

Auf dem Rittergut Eichstädt bei Velten, traten am Sonntag, dem 28. Juni die Landarbeiter in den Streik. Sie fordern Rückgängigmachung des durch den Schandschiedsspruch ermöglichten Lohnraubs und Nachzahlung der Abzüge. Die Belegschaft hatte sich einen vorbereitenden Kampfausschuß gewählt, der mit dem roten Gutsrat und dem Vertreter der Gauleitung des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter am Montag, dem 29. Juni die Verhandlung mit der Gutsverwaltung erfolgreich aufnahm. Sämtliche Forderungen der Landarbeiter wurden erfüllt. Sämtliche durch den Schiedsspruch vom 18. bzw. 22. Mai 1931 gemachten Abzüge wurden rückgängig gemacht und die Nachzahlung der gemachten Abzüge durchgeführt. Die Erntezulage wird, wie im Vorjahr, bewilligt. Maßregelungen und Entlassungen werden nicht vorgenommen.

Das Eichstädter Beispiel ist ein durchschlagender Beweis für die außerordentliche Macht, die das Landproletariat darstellt, wenn es sich entschlossen gegen die Junker zur Wehr setzt.

*

In Koderwitz (Schlesien) fand am 25. Juni eine gut besuchte Kleinbauernversammlung statt, in der der kommunistische Reichstagsabgeordnete Becker über das Bauernhilfsprogramm der KPD. und die Maßnahmen zum Kampf um volle Entschädigung der durch Hochwasser angerichteten Schäden referierte. Nach lebhafter Diskussion wählte die Versammlung einen Kampfausschuß aus fünf Mitgliedern zur Führung der bäuerlichen Aktionen. Gleichzeitig begrüßt die Versammlung das Bauernhilfsprogramm der KPD. und ihren Kampf für die Interessen der Bauernschaft.

Aufruf des Schleswig-Holsteinischen Bauernkomitees

Das vor wenigen Tagen in Krempertheide (Schleswig-Holstein) von 200 Bauern — darunter vielen bisher nationalistisch eingestellten Bauern — gewählte Bauernkomitee erläßt einen beachtenswerten Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Das Bauernkomitee stellt sich die Aufgabe, wirklich das Leben der Bauernmassen zu erforschen und den politischen Kampf gegen Zwangsversteigerungen, Steuerpfändungen, Wucherzinszahlungen und der Dinge mehr zu organisieren und zu führen. Wir werktätigen Bauern haben aber jetzt erkannt, daß dieser Kampf nur erfolgreich geführt werden kann in engster Kampfgemeinschaft mit der Land- und Industriearbeiterschaft und unter Führung der Kommunistischen Partei.

Werktätige Bauern Schleswig-Holsteins! Wir appellieren an unsere Kampffront gegen die wirklichen Ausbeuter und Blutsauger, die Kapitalisten und ihre Handlanger, sind eine unüberwindliche Kraft.

Wir werktätigen Bauern von Krempertheide und Umgebung erkennen, daß das Bauernhilfsprogramm eine geeignete Waffe für diesen Kampf ist.

Werktätige Bauern Schleswig-Holsteins! Wir appellieren an Euch, folgt unserem Beispiel. Organisiert Massenversammlungen werktätiger Bauern.

Wählt in allen Dörfern und Bezirken revolutionäre Bauernkomitees und Bauernkommissionen und kämpft gemeinsam mit der Arbeiterschaft unter Führung der KPD. für die Durchführung des Bauernhilfsprogramms der Kommunistischen Partei!"

Zusammenstöße in Berliner Universität

Naziterror gegen rote Studenten

Berlin, 30. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Auf dem Gelände der Berliner Universität kam es gestern wieder zu unerhörten Szenen, die von den nationalsozialistischen Studenten gemeinsam mit den Hochschulbehörden seit einiger Zeit vorbereitet wurden. Gemeinsam mit SA-Leuten überfielen hunderte nationalsozialistische Studenten 5 rote Studenten und mißhandelten sie mit einer Brutalität, die nur diesem nationalsozialistischen Studentenpack eigen ist. Der Rektor der Universität und ein Schupokommandeur waren Zeugen der Mißhandlung, ohne dagegen einzuschreiten. Sie brachten damit zum Ausdruck, daß sie den Terror der Nazis gegen die roten Studenten durchaus dulden und billigen. Die Berliner werktätige Bevölkerung wird die roten Studenten vor der Naziwut schützen, sie wird an der Berliner Universität keine Zustände dulden, wie sie in Wien an der Tagesordnung sind.

Gestern kam es mittags in der Universität zu Zusammenstößen. Ein Polizeikommando räumte dann die Universität, die für den Rest des Tages geschlossen wurde.

Genosse Brodde im Hungerstreik

Breslau, 30. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie der Roten Hilfe gedrahtet wird, ist der Genosse Brodde in den Hungerstreik getreten, weil er wie ein krimineller Verbrecher behandelt wird, obgleich sein Delikt ausschließlich politischer Natur ist.

Nazibandit brennt Kleinbauernanwesen nieder.

Der SA-Mann Erich Malder, aus Müstegiersdorf (Schlesien) machte einen Einbruch in die Teppichfabrik Dornhaus. Um bei seiner Einbrecherarbeit nicht gestört zu werden und die Aufmerksamkeit abzulenken, zündete der Bandit zuerst das Anwesen des Kleinbauern Reigefind an. Auf dem Nachhauseweg konnte der Strolch von der Polizei gefaßt werden.

Berliner Vertrag verlängert

Amtlich wird mitgeteilt: Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. v. Dirksen, und der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Krestinski, haben durch Unterzeichnung eines Protokolls den am 24. April 1926 zwischen Deutschland und der USSR geschlossenen Vertrag verlängert.

Zunahme der Arbeitslosen in der USSR.

Die neueste Statistik zeigt, daß seit Ende Mai die Zahl der Arbeitslosen sich um 150 000 erhöht hat.